

**Der Grosse Rat      Le Grand Conseil  
des Kantons Bern    du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 4. März 2020 / Mercredi après-midi, 4 mars 2020

**Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion / Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration**

**22      2019.RRGR.186      Motion 150-2019 Mühlheim (Bern, glp)  
Einheitliche Fallführung durch einheitliche IT-Lösung in der Sozialhilfe**

**22      2019.RRGR.186      Motion 150-2019 Mühlheim (Berne, pvl)  
Aide sociale : harmoniser l'informatique pour harmoniser la gestion des cas**

**Präsident.** Damit kommen wir zum Traktandum 22. Das ist eine Motion von Grossrätin Mühlheim, diese ist punktweise beschlossen: «Einheitliche Fallführung durch einheitliche IT-Lösung [...]». Ich gebe das Wort der Motionärin, wenn sie sich eintragen würde. Drückt jemand den Knopf, bitte.

**Barbara Mühlheim, Bern (glp).** Ich gehe davon aus, dass wir keinen grossen Teil haben, der rot sagt und sagt: «Nein, wir wollen keine koordinierte IT-Lösung.» Kolleginnen und Kollegen, wenn wir etwas wissen, ist es das, dass wir ein Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG) haben, über das vielleicht nicht alle gleich glücklich sind. Das ist das eine. Aber nach dem letzten Bericht, den die GSI von aussen in Auftrag gegeben hat, wissen wir etwas klar, nämlich, dass wir in der Umsetzung dieses Gesetzes Handlungsbedarf haben. Und dort brauchen wir als Erstes überhaupt eine gute Datenlage, um Dinge vergleichen zu können, die gleich sind. Wir haben diese Datenlage gegenwärtig nicht, weil jeder eigentlich eine IT-Lösung von seiner Gemeinde haben kann, die ihm passt. Wir müssen zwar gewisse Daten gegenseitig der GSI schicken, aber sie sind nicht so validiert, dass sie diese wirklich brauchen können.

Ein Beispiel: Wir können heute nicht sagen, weshalb Frutigen pro Klient bedeutend weniger Geld ausgibt als eine Gemeinde daneben, oder weshalb es zwischen Bern und einer Vorortsgemeinde pro Klient eine Differenz von fast 1800 Franken gibt, weil uns schlichtweg die saubere Datenlage fehlt, um dies zu diskutieren. Diese Daten sind aber wichtig. Sie sind wichtig, damit der Kanton in Zukunft mehr steuern kann. Deshalb bin ich sehr froh, dass dies auch die Regierung ähnlich sieht und von daher den Punkt 1 annimmt, der ein expliziter Prüfungsauftrag ist.

Weshalb dieses Beispiel? – Es wäre natürlich sehr angenehm und souverän, wenn man eine Möglichkeit hätte, in die jetzt bestehenden Projekte einzusteigen, an denen gleichzeitig schon andere Kantone und Städte arbeiten. Damit hätte man auch eine Vergleichbarkeit über die Nabelschnur des Kantons Bern hinaus. Ob dies das Gelbe vom Ei ist, sollen aber nicht wir entscheiden, vielmehr ist es ein reiner Prüfauftrag. Deshalb ist er auch als Motion so überwiesen.

Der Punkt 2 ist mir wichtig, und ich sage es Ihnen im Voraus: Ich werde diesen nicht wandeln. Das ist nämlich nicht ein Thema von links und rechts. Wenn hier eine IT-Lösung kommt – welche auch immer –, sollen das die Profis sagen. Wenn hier eine IT-Lösung kommt, ist das eine Lösung, die alle Gemeinden und alle Sozialdienste übernehmen müssen, und diese gibt es nicht gratis. Wenn man dies will, muss dies nach dem Motto geschehen, wer befiehlt, dass man die Daten neu so und so erkennen und eingeben muss, muss auch bereit sein, diesen Gemeinden finanziell einen Anreiz zu geben, damit sie dies tun. Das ist unabdingbar. Es geht um viel Geld und nicht zuletzt: Wenn der Kanton den Lead hat, kann man – was auch immer dann als Vertragsbasis vorhanden ist – ganz andere Konditionen mit dem neuen Player ausarbeiten. Ich bitte Sie also, den Punkt 2 als Motion zu überweisen. Es ist dahingestellt, für welche IT-Lösung die GSI sich entscheidet, aber wir müssen ein Signal geben, dass ein finanzieller Anreiz für die Gemeinden drin ist.

Der Punkt 3 ist wieder klar: Danke für die Annahme als Motion. Ich bin gespannt, ob ich Sie alle oder eine Mehrheit überzeugen konnte, dass Sie den Punkt 2 als Motion annehmen können. Ich habe es schon im Voraus gesagt: Ich werde nicht wandeln. Es ist mir ernst dabei. Wir müssen den Gemeinden auch finanziell mit einem Anreiz ermöglichen, dass sie vollumfänglich einsteigen. Wir haben dringenden Handlungsbedarf an einer koordinierten Datensammlung, und ich danke Ihnen, wenn Sie meine Motion positiv unterstützen.

**Präsident.** Als Mitmotionär: Hans-Peter Kohler. Die anderen Mitmotionärinnen und Mitmotionäre: Kobi Schwarz, sprichst du als Fraktionssprecher? Samuel Krähenbühl, willst du auch als ... Trägst du dich noch ein? – Also: Hans-Peter Kohler als Mitmotionär.

**Hans-Peter Kohler, Spiegel b. Bern (FDP).** Ich gebe am Schluss auch gerade noch das Votum für die Fraktion ab. Ich habe hier sehr gerne mitgemacht und zwar aufgrund meiner Erfahrungen als Sozialvorsteher in Köniz, so wie ich auch bei der Motion betreffend Selbstbehalt für die Gemeinden (*M 131-2019*) mitgemacht habe, die hier schon durchgegangen ist. Das sind wichtige Punkte, wichtige Verbesserungen, und dieser Vorstoss hier trägt genau auch dazu bei. Später besprechen wir dann ja auch noch die Motion Brönnimann (*M 162-2019*), die ähnliche Inhalte hat. Eine einheitliche standardisierte Fallführung ist sehr wichtig und führt eben zu einer vergleichbaren Fallführung. Das ist sehr, sehr wichtig in der Sozialhilfe, und es bringt auch eine bessere Transparenz bezüglich der Kosten allgemein. Ohne einheitliche IT-Lösung ist das Ziel nämlich gar nicht erreichbar. Zudem ist es auch ein Instrument mit dem Ziel einer kostengünstigen Fallführung. Also ist diese IT-Lösung nicht nur betreffend Kostentransparenz ein wichtiges Mittel.

Die Sozialdienste arbeiten zum Teil sehr unterschiedlich. Ich denke da auch, betreffend Vollzug in der Sozialhilfe ist dies ebenfalls ein wichtiger Punkt. Deswegen: einheitliche Fallführung mit dem gleichen IT-System. Das ist ein wichtiger Schritt vorwärts. Ich bitte Sie deswegen, alle drei Punkte auch als Motion zu überweisen – somit auch den Punkt 2. Denn ohne finanzielle Anreize wird es wahrscheinlich dann eben nicht klappen. Deswegen ist dies auch ein wichtiger Punkt.

Um Zeit zu sparen, sage ich gerade noch kurz die Meinung der FDP-Fraktion. Sie sieht dies auch so, genau gleich und ist auch bereit, den Punkt 2 auch als Motion zu überweisen, das heisst: alle drei Ziffern als Motion.

**Präsident.** Als weiterer Mitmotionär: Samuel Krähenbühl.

**Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (SVP).** Ich möchte vor allem zum zweiten Punkt etwas sagen. Dort ist ja noch ein wenig offen, ob alle mithelfen oder wer dort der Motion hilft. Ich glaube, hier ist es wichtig zu sagen: Für mich ist das noch keine Festlegung auf ein bestimmtes System und wie man es genau macht, wenn man beschliesst, dass man den Gemeinden eine finanzielle Unterstützung gibt. Dort muss man eine gewisse Offenheit behalten. Vielleicht gibt es auch eine Lösung, die mit Schnittstellen arbeitet. Aber gleichwohl möchte ich Sie bitten, in diesem Sinne dem Punkt 2 als Motion zuzustimmen – eben genau deshalb, weil wir auch Anreize bieten müssen, damit die Gemeinden dort auch wirklich mitmachen, aber unter dem Vorbehalt, dass wir sicher auch eine gewisse Offenheit der GSI haben. Bitte nehmt diesen zweiten Punkt als Motion an, aber mit dem Hintergedanken, dass wir dort dem Regierungsrat einen gewissen Spielraum geben, wie er diesen umsetzt. Aber ich glaube, es ist wichtig, dass wir den Gemeinden dort Unterstützung geben.

**Präsident.** Für die SVP: Andreas Michel.

**Andreas Michel, Schattenhalb (SVP).** Jeder weiss, dass dank Vereinheitlichung vor allem in der Informatik Synergien über verschiedenste Betriebe oder Behörden realisiert werden können. Und jeder hier im Saal weiss, dass seit ein paar Jahren vor allem seitens der GSI aufgezeigt wird, wie der Weg in Sachen Digitalisierung in der Verwaltung gefunden werden kann. In diesem Sinne rennt dieser Vorstoss offene Türen ein. Das bestätigt der Regierungsrat ja auch.

Wie der Regierungsrat ist auch die SVP der Ansicht, dass eine einheitliche Fallführungssoftware einer effizienten und kostengünstigen Fallführung in der Sozialhilfe zuträglich ist. Dass die Vereinheitlichung einem breit abgestützten Wunsch der relevanten Akteure in der Sozialhilfe entspricht, hat sich in der Arbeitsgruppe der GSI zur Optimierung der wirtschaftlichen Hilfe schon vor zwei Jahren gezeigt. Die Tür ist also nicht nur ein wenig offen, sondern sie ist sperrangelweit offen.

Weshalb nun also nicht alle drei Punkte des Vorstosses als Motion überweisen, wie es auch einzelne SVP-Vertreter zu tun bereit wären? – Die Mehrheit der SVP-Fraktion ist der Meinung, dass doch geprüft werden muss, welche IT-Lösung kommt und noch wichtiger, wie sie als Gesamtes finanziert werden soll, bevor man den Gemeinden finanzielle Unterstützung in vorausseilendem Gehorsam verspricht. Zudem ist zu erwähnen, dass die Anreize ja nicht zwingend immer nur finanzieller Natur sein müssen. In diesem Sinne unterstützt die SVP-Fraktion in allen drei Punkten die Haltung der Regierung, und ich bitte Sie, dies auch zu tun.

**Christine Schnegg, Lyss (EVP).** Die Fraktion EVP unterstützt das Anliegen dieser Motion. Die Stossrichtung einer Vereinheitlichung der Fallführung durch einheitliche IT-Lösungen ist richtig. Es gibt aber trotz der positiven Antwort des Regierungsrates zwei, drei Details, die uns wichtig sind und die es zu beachten gibt. Wir sind beispielsweise nicht hundertprozentig von einer ausserkantonalen Lösung oder Zusammenarbeit überzeugt, und wir stellen dort die Abhängigkeit von ausserkantonalen Kräften in Frage. Dazu kommt, dass grosse Kisten in der IT immer auch Risiken haben. Wir haben genügend Beispiele von grossen IT-Lösungen, die nachher in den Sand gesetzt wurden und den Steuerzahler Unsummen gekostet haben. Da müsste man dann sicher gut hinschauen.

Wichtig zu beachten ist aus unserer Sicht auch, dass grosse Städte trotz den gleichen Aufgaben nicht unbedingt die gleichen Anforderungen an ein Fallführungssystem haben wie kleinere Gemeinden. Das erwähnte System Citysoftnetz ist – so viel wir wissen und wie wir uns haben informieren lassen – explizit auf städtische Ansprüche ausgerichtet. Mein Votum ist deshalb einfach ein Appell an den Regierungsrat, die Bedürfnisse, die Kosten und die Partnerschaften gut anzuschauen und verschiedene Optionen zu prüfen – und das vor allem im Dialog mit den Anwendern in den kleineren Gemeinden, in den Verbänden und in den Städten.

Beim Punkt 2 verstehen wir nicht ganz, weshalb der Regierungsrat diesen nicht als Motion annehmen will, sondern nur als Postulat. Es ist aus unserer Sicht klar, dass die Finanzierungsanteile geklärt werden müssen und dass die Gemeinden nicht alleinige Träger der Kosten sein können. Aus unserer Sicht braucht es für die Gemeinden – und gerade für jene, die vielleicht erst vor kurzem ihre IT erneuert haben – einen Anreiz und auch eine finanzielle Verantwortung des Kantons, wenn dann schon Vorgaben und Forderungen kommen.

Die Fraktion EVP unterstützt deshalb alle drei Punkte als Motion, wobei einige den ersten Punkt lieber als Postulat annehmen würden, denn eigentlich ist es ja ein Prüfauftrag.

**Präsident.** Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion: Manuela Kocher.

**Manuela Kocher Hirt, Worben (SP).** Gerne gebe ich die Haltung der SP-JUSO-PSA-Fraktion bekannt. In der Antwort der Regierung nehmen wir zur Kenntnis, dass die GSI im letzten September mit dem Projekt «Neues Fallführungssystem für die Sozialhilfe im Kanton Bern (NFFS)» gestartet ist. In diesem Projekt werden ja schon einige Punkte der Motion ansatzweise aufgenommen und sind in die Überlegungen eingeflossen. Das ist sicher eine gute Ausgangslage und wird die Ausrichtung hin zu einer einheitlichen Fallführung unterstützen. Diese soll eine effiziente Arbeitsweise ermöglichen und administrative Abläufe vermeiden. Zudem könnte der Datenaustausch mit dem Kanton und dem Bundesamt für Statistik (BFS) erleichtert werden.

Allerdings sind die Absichtserklärungen der Regierung eher allgemein gehalten, und wir vermissen auch klare Hinweise, wie das Sparpotenzial einer einheitlichen Fallführung genutzt werden kann. Es soll nicht nur um Vergleichbarkeit gehen und um Kostentransparenz. Wir sehen vor allem auch ein grösseres Sparpotenzial im Bereich der Beseitigung von administrativen Leerläufen. Um dies zu erreichen, braucht es im Kanton selber eine einheitliche und über die Verwaltungsdirektionen hinweg kompatible Softwarelösung. Gern gebe ich dazu ein Beispiel. Die jährlichen Fallzahlen und Kennzahlen für die DIJ und GSI müssen in einem komplett unterschiedlichen und nicht kompatiblen System eingereicht werden. Dass dann das BFS für seine Kennzahlen ein drittes System einfordert, das mit jenem der DIJ und der GSI nicht kompatibel ist, führt zu einer weiteren aufwendigen Schnittstelle.

Von der Strategie her müsste das neue Fallführungssystem der Sozialdienste mit den vorgängig konsolidierten und einheitlichen Softwarelösungen des Kantons möglichst zu hundert Prozent kompatibel sein. Die zwingend notwendige strategische Absichtserklärung vermissen wir in der Stellungnahme des Regierungsrates ein wenig und hoffen, dass sich die Arbeiten noch in diese Richtung entwickeln werden. So müsste aus unserer Sicht die DIJ für den KESB-Bereich und die GSI für den Sozialdienst ihre Software vereinheitlichen und ein directionsübergreifendes Projekt führen, um eben diese Schnittstellen zu beseitigen.

Punkt 2 der Motion unterstützen wir auch als Motion, wir unterstützen alle Punkte als Motion. Damit sich viele Gemeinden am neuen System beteiligen, soll es für die Gemeinden eine attraktive Lösung geben, damit sie auch von teuren Entwicklungskosten entlastet werden. Wir unterstützen alle Punkte als Motion, weil wir davon ausgehen, dass es kosten- und ressourcensparender ist, wenn man beispielsweise eben auch eine bereits funktionierende Softwarelösung – wie das Citysoftnetz eine ist – als einheitliche Kantonslösung ausbaut.

**Matthias Matti, Gelterfingen (BDP).** Grosse Informatikprojekte bergen immer wieder auch grosse Risiken in sich. Eigenlösungen sind meist teuer und häufig auch unflexibel. In der Sozialhilfe bietet sich hier die Möglichkeit, auf bereits eingeführte Systeme aufzusitzen und so die Risiken zu minimieren. Eine Vereinheitlichung dieser Lösung führt auch zusätzlich zu einer besseren Datenlage und zu einfacherer Steuerung der Aufgaben in der Sozialhilfe zwischen Kanton und Gemeinden. Wir teilen hier ebenfalls die Meinung der Regierung, dass die Klärung eines sinnvollen Geschäftsmodells und der Finanzierung, der Festlegung der Anteile zwischen Kanton und Gemeinden, in der Initialisierungsphase des Projekts gelöst werden muss. Daher empfiehlt Ihnen die BDP-Fraktion mehrheitlich, dem Antrag der Regierung zu folgen, die Punkte 1 und 2 anzunehmen und den Punkt 3 als Postulat anzunehmen.

**Jakob Schwarz, Adelboden (EDU).** Ich kann es ganz kurz machen. Die EDU-Fraktion sieht auch dringenden Handlungsbedarf für eine einheitliche IT-Lösung in der Sozialhilfe, damit die wesentlichen Zahlen vorliegen und auch vergleichbar sind, und wird die Motion in allen drei Punkten unterstützen.

**Andrea de Meuron, Thun (Grüne).** Ich habe jetzt gut zugehört, und es scheint, dass man sich durchwegs in allen Fraktionen einig ist, dass man die Zielsetzung des Vorstosses unterstützt und auch der Regierung folgt. Das ist bei der Fraktion der Grünen genau dasselbe. Es ist eine Verbundaufgabe, und es ist bei einer Verbundaufgabe wahrscheinlich nicht der richtige Ort, wenn es um IT geht, föderalistisch zu handeln, sondern man sollte wirklich auch den Effizienzgewinn sehen, wenn man da eine gemeinsame Lösung sucht, vor allem auch um die Schnittstellen zu gewährleisten, die ja zum Kanton oder zum Bund nötig sind.

Darum wird auch unsere Fraktion klar die Ziffern 1 und 3 als Motion unterstützen. Bei Ziffer 2 haben wir noch über Folgendes diskutiert. Diese wird ja vom Regierungsrat als Postulat empfohlen. Aber wir sind der Meinung, wenn die Ziffern 1 und 3 überwiesen werden, dann geht es ja ein wenig im Sinne von «wer bezahlt, der befiehlt», respektive umgekehrt. Wer befiehlt, der müsste auch bezahlen helfen, damit die Anreize wirklich gesetzt werden, dass die Gemeinden mitmachen. Dies finden wir richtig. Ein grosser Teil der Fraktion würde die Ziffer 2 auch als Motion unterstützen helfen. Je nachdem wie sie jetzt zugehört haben, vielleicht sogar einstimmig und sonst ganz sicher als Postulat.

**Präsident.** Wir haben noch eine Einzelsprecherin. Ich gebe Madeleine Amstutz von der SVP das Wort.

**Madeleine Amstutz, Sigriswil (SVP).** Ich habe es schon intern in unserer Fraktion gesagt. Ich finde diesen Vorstoss ein wenig speziell formuliert, denn in Punkt 1 steht zweimal «prüfen». Es ist eigentlich ein Postulat, und für mich sind dann die Punkte 2 und 3 als Motion so fix drin, und den Punkt 2 wird dann eventuell nicht gewandelt, haben wir jetzt gehört. Ich hätte ihn durchwinken können, wie er ist. Ich denke, es gibt dann gleichwohl viel, wenn man jetzt ja hört, dass man dem Punkt 2 auch als Motion zustimmt. Aber ich möchte hier einfach auch noch Folgendes festhalten: Für mich gelten nachher die Punkte 2 und 3 nur, wenn bei Punkt 1 nach der Prüfung überhaupt etwas gemacht wird. Es hängt ja zusammen.

**Präsident.** Die Rednerliste ist erschöpft. Ich gebe das Wort Regierungsrat Schnegg.

**Pierre Alain Schnegg, directeur de la santé, des affaires sociales et de l'intégration.** L'harmonisation des systèmes de gestion des cas est déjà dans les exigences du groupe de travail constitué par la DSSI pour optimiser l'aide matérielle et qui a travaillé durant la période allant d'hiver 2017 au printemps 2018. Cette même remarque est également étayée par le rapport KPMG concernant l'étude pour la mise en place d'un révisorat. Un système unifié permettrait d'alléger le travail des communes et des services sociaux en simplifiant par exemple l'échange de données – comme par exemple lors d'un déménagement d'une personne –, les tâches administratives seraient simplifiées, des processus standards mis à disposition et adaptés pour l'ensemble des services sociaux lors de modifications, une assistance informatique plus performante et plus économique lors de changements, les mises à jour de logiciel pourraient être centralisées, un seul logiciel devrait être adapté, etc. Une telle solution bénéficierait aussi à l'administration cantonale grâce à un meilleur accès aux données nécessaires au pilotage de l'aide matérielle. Toutes les parties verraient ainsi leur charge de travail diminuer. Nous avons lancé une phase initiale en septembre 2019, de manière à pouvoir

analyser comment un tel système pourrait être déployé et à quoi il devrait pouvoir répondre. Entre deux, nous avons également décidé de collaborer entre deux directions, à savoir, la DIJ et ma direction (DSSI) sur cette thématique, du fait que nous sommes sur certains sujets très concernés. Nos objectifs pour cette phase initiale sont les suivants : définir les exigences à remplir par une telle solution, développer différents modèles d'affaire pour la collaboration entre le canton et les communes, et établir le mandat de projet pour la phase de réalisation. Pour ce faire, plusieurs solutions sont envisageables : nous pourrions très bien avoir plusieurs systèmes dans les communes qui communiquent avec un système central. C'est certainement plus compliqué et plus cher à mettre en œuvre, mais laisse plus d'autonomie aux différentes communes. Une autre solution serait d'avoir un seul système, utilisé centralement par l'ensemble des communes. La complexité en serait réduite, mais cette solution comporte d'autres désavantages qui nécessitent également d'être analysés durant cette phase de projet. Les points 1 et 3 font donc partie du cadre de projet susmentionné, et le gouvernement vous invite donc à les adopter sous la forme de motion. Le point 2 en fait également partie, c'est ce dont nous parlons sous « développer différents modèles d'affaires pour la collaboration entre le canton et les communes ». Et à ce sujet-là, l'aide sociale, il faut le savoir, est une tâche conjointe entre le canton et les communes. Ma direction étudiera les modalités de financement et la question de la répartition des coûts entre le canton et les communes pour un éventuel déploiement d'un tel système.

J'aimerais ici également mentionner que nous pouvons bénéficier des retours concernant la mise en place de l'application kiBon pour la gestion des bons de garde. J'aimerais ici quand même relever que le canton a pris la décision de financer totalement les coûts de l'application sans les mettre à la charge des communes. C'est une solution que nous avons utilisée pour kiBon. Aujourd'hui, il est trop tôt de se prononcer pour ce que nous ferons au niveau d'une solution centralisée pour l'aide sociale, mais bien entendu, nous nous inspirerons des résultats et des enseignements de cette mise en œuvre. C'est pourquoi il me semble un peu tôt de parler d'ores et déjà d'incitations financières, mais il est bien clair que le canton participera sous une forme ou sous une autre à cette mise en œuvre s'il s'agit d'une solution unifiée. C'est pourquoi le gouvernement vous propose d'accepter le point 2 sous la forme d'un postulat.

**Präsident.** Wir kommen zur Abstimmung, wir stimmen ziffernweise ab. Wer die Ziffer 1 dieser Motion annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.186; Ziff. 1)

Vote (2019.RRGR.186 ; ch. 1)

---

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 150

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 0

**Präsident.** Sie haben Ziffer 1 dieser Motion einstimmig angenommen, mit 150 Ja-Stimmen.

Wer die Ziffer 2 dieser Motion annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.186; Ziff. 2)

Vote (2019.RRGR.186 ; ch. 2)

---

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 143

Nein / Non 6

Enthalten / Abstentions 0

**Präsident.** Sie haben auch die Ziffer 2 dieser Motion angenommen, mit 143 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Wer die Ziffer 3 dieser Motion annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.186; Ziff. 3)

Vote (2019.RRGR.186; ch. 3)

---

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 150

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 0

**Präsident.** Sie haben auch die Ziffer 3 dieser Motion einstimmig angenommen, mit 150 Ja-Stimmen.